

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havlicekova nam. 32. Telefon 6795, nachts 6797.

Adresse: Prag II., m. 32. Postkammer: 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

3. Jahrgang.

Donnerstag, 17. Mai 1923.

Nr. 113.

Fascistische Regierungsjorgen.

Aus Italien schreibt man uns: Nach dem feurigen Vorwärtstreiben und dem von keiner Zäsur getriebenen Erneuerungsmut der ersten Monate beginnt der Faschismus dahinter zu kommen, daß es leichter war, zur Regierung zu gelangen, als das Land zu regieren. Er merkt ferner, daß die Leute und die Methoden, mit denen man sich der Regierung ermächtigt hat, nicht die besten sind, um sich am Ruder zu erhalten. Als Folge dieser Erkenntnis erleben wir heute eine Art Mauferung der faschistischen Partei, eine Revision der Methoden und Ausmerzungen von Methoden, die vielleicht das Vorbild zu einer Kursänderung ist.

Mit dem Verbot des ersten Mai ist es der Regierung nicht ganz nach Wunsch gegangen. Trotz des von den Faschisten in Szene gesetzten Terrors haben sich in vielen Betrieben die Arbeiter nicht eingestellt, was in diesen Zeiten schwerster Wirtschaftskrise angesichts der überall angebotenen Entlassung wahrlich mehr proletarisches Klassenbewusstsein und mehr Bekümernis bezeugt, als dies bei früheren Märschen der Fall war, denen die Anerkennung als offizieller Feiertag jeden Protestcharakter genommen hatte. Wenn sich der Faschismus durch das Schweigen seiner Presse über diese Enttäuschung hinweghilft, so wird er nicht so leicht mit der zweiten unerfreulichen Tatsache fertig, die der erste Mai enthüllt hat, nämlich mit der Disziplinlosigkeit der Faschisten, die es sich nicht haben nehmen lassen, an dem abgeschafften proletarischen Festtag wieder einmal ein bißchen fröhlich-bühnenbürgerlich zu spielen. In Mailand haben sie die Arbeiterkammer verbrannt und verwüstet, in Genua die Totale eines Arbeitervereines und das lokale Parteiblatt, „Il Lavoro“, dessen ganze Mainnummer vernichtet wurde; die republikanische Parteiaktion in Bisceglie hat man angezündet, in Mailand hat es zwei Tote gegeben (zwei Faschisten, die von ihren Kameraden für Arbeiter gehalten worden waren), einen Toten in Bitonta, Verwundete in Rom, Parma, Neapel usw. Gewiß hatte die Regierung die Absicht, die Arbeiter am ersten Mai die faschistische Amute fühlen zu lassen — wurde doch die ganze Mainnummer des „Avanti!“ beschlagnahmt, unter dem Vorwande, daß sie am Sonntag gedruckt worden sei — aber sie hatte sich doch nicht den Tag als eine Art Rückkehr in die Zeit des Frühfaschismus vorgestellt, in der man den Ruhm des „Heerführers“ mit Knäpeln und Brandfackeln feierte. Die Regierung hat die übliche strenge Enquete über die verschiedenen Gewalttaten angeordnet, hat es sogar zugelassen, daß für die Aufzwingung von Abzinsung und Stockschläge fünf Faschisten zu je dreißig Monaten Gefängnis verurteilt wurden, aber all das genügt nicht, um den Faschisten beizubringen, warum heute strafbar sein soll, was gestern der höchste Ausdruck romanischer Wiedergeburt und heroischer Erneuerung der Nation war.

Mussolini, der weiß, was er will und in den Mitteln nicht wählerisch ist, fängt nun an, die Leute abzujagen, die ihm zur gewalttätigen Erringung der Macht nützlich waren und jetzt gefährlich sind. Als erster muß der Unterstaatssekretär De Vecchi daran glauben, der seinem Verlangen nach Blutvergessenheit einen etwas allzu laubialischen Ausdruck zu geben pflegte; hat er doch seinerzeit den Faschisten von Turin für die Mordtat in der Arbeiterkammer, der vier Arbeiter zum Opfer fielen, seinen Beifall ausgesprochen und hat unlängst in einer Rede „zur Verwirklichung seines streng aristokratischen Programms eine Stunde Belagerungszustand und eine Minute Feuer gefordert! Der Ministerpräsident, der bis jetzt das Passivum dieser moralisch defekten Persönlichkeit mitgeschleppt und von Mann nachdem er sich als Pensionsminister unmöglich gemacht, zum Unterstaatssekretär im Finanzministerium ernannt hatte, hat De Vecchi jetzt ohne Gang und Klang und auch ohne das übliche Wort des Dankes entlassen. Auch wenn es sich hierbei nur um das Follenlassen eines unbedeutenden Fremdes handelte, sollte, so ist es doch als ein Schritt zur Besserung zu begrüßen, wenn die Regierung anfängt, sich moralisch anormaler und daher unberechenbarer Elemente zu entledigen. Es zeigt doch, daß sie einsehen, welcher Schaden dem Lande aus solchen Individuen erwächst, denen es an jeder politischen Erziehung und an moralischer Disziplin gebricht.

Aber das Einsetzen kommt spät und ist nicht ungefährlich, denn jede dieser Lokalführer des Faschismus hat eine Schaar von Prätorianern um

Reichsratsdebatte über das deutsche Angebot.

Ausprache erst nach Prüfung der Antworten.

Berlin, 16. Mai. (Wolff.) Der Reichstag behandelte heute nach Erledigung kleinerer Vorlagen die Etats des auswärtigen Amtes, des Reichsfinanzamtes und des Reichspräsidenten. Abg. Müller-Franken (Sozialdemokrat) führte aus: Der Notenwechsel hat keine Befriedigung geschaffen. Im Gegenteil, der Terror im alt- und neubestehenden Gebiete hat gewaltig zugenommen. In den Antworten auf die deutsche Note ist das einzige Erfreuliche, daß sie nicht die Wege verschütten, die zu erfolgreicheren Verhandlungen führen können und schließlich führen müssen. Der passive Widerstand wird von der Arbeiterchaft nach den Regeln der Gewerkschaftstaktik geführt und wird so weitergeführt werden. Selbst die französische Regierung sollte endlich einsehen, daß dieser Widerstand nicht von der deutschen Regierung kommandiert, sondern aus dem eigenen Willen der Bevölkerung geboren ist. Die Behauptung, die Sozialdemokratie habe die deutsche Note beeinflusst, ist Unsinn. Innerpolitische Motive sollten bei so wichtigen außenpolitischen Fragen überhaupt außer Betracht bleiben. Wenn es gilt, endgültig das Ruhrgebiet zu befreien und am Rhein geordnete Verhältnisse zu schaffen, dann darf uns kein materielles Opfer zu hoch sein, das überhaupt getragen werden kann. Es muß der erste Verhandlungswille vorhanden sein, das deutsche Angebot muß den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete ermöglichen. Eine Lösung läßt sich nur finden, wenn wir substantiellere Garantien bieten. In dieses Gebiet würden vor allem freie Garantien von Landwirtschaft, Industrie, Banken und Handel fallen. Müller-Franken schloß: Nur eine wirtschaftliche Annäherung wird zu der politischen Entspannung führen, die kommen muß, trotz des gegenwärtigen Hasses. Auch in der Frage der vertragmäßigen Kohlen- und Kokslieferungen muß die Regierung die Initiative ergreifen. Wenn Frankreich den Weg der Verständigung beschreiten will, wird die Zahl der Revandbesorger bei uns immer kleiner werden.

Der Minister des Auswärtigen Dr. von Rosenbergs erklärte: „Zu meinem lebhaftesten Bedauern muß ich es mir versagen, den Vorrednern, die sich auf das Gebiet der außenpolitischen Debatte begeben haben, im gegenwärtigen Augenblicke auf dieses Gebiet zu folgen. Wie dem

Stause bekannt ist, ist nach der französischen und belgischen Antwort die englische und italienische Antwort auf unsere Note vom 2. Mai am letzten Sonntag eingetroffen und gestern abends haben wir die Note der japanischen Regierung erhalten. Die Reichsregierung ist mit dem Ernst und mit der Sorgfalt, die der Wichtigkeit des Gegenstandes entsprechen, in die Prüfung dieser Antworten eingetreten. Die Prüfung ist noch nicht abgeschlossen. Bevor dies der Fall ist, würde es den Interessen des Landes widersprechen, vom Regierungsrat Erklärungen zur Gesamtlage unserer auswärtigen Politik oder zu den sie beherrschenden großen Spezialfragen abzugeben. Ich bitte überzeugt zu sein, daß die Regierung der auf ihr lastenden Verantwortung bewußt und von dem einen Streben erfüllt ist, den Weg zu gehen, den ihr nach Pflicht und Ueberzeugung das Interesse von Volk und Vaterland, das Interesse der Gesamtheit vorschreibt.“

Abg. Dr. Leicht von der bayerischen Volkspartei schloß sich im Namen des Zentrums, der deutschen Volkspartei, der demokratischen Partei und der bayerischen Volkspartei dieser Auffassung an.

Der deutschnationale Abg. Bergt erklärte unter anderem, daß es bezüglich des Ruhereinfalles sein Votieren geben könne. Wir sind alle einzig in der Fortsetzung des passiven Widerstandes. Angesichts der Urteile von Werden und Mainz ist ein Notenwechsel mit Frankreich völlig ausgeschlossen. Aber auch von England würden wir uns nicht gefallen lassen, in schulmeisterlichem Tone abgeangelt zu werden. Darum können wir auch an England keine Note richten. Wir können, schon um den Glauben an die deutsche Ehrlichkeit nicht zu erschüttern, über unser letztes Angebot nicht hinausgehen. Wir sind — ich sage das im Namen meiner Fraktion — zu den letzten Opfern bereit, um eine Endlösung zu finden. Wir stehen hinter der Regierung, solange sie die Abwehrregierung ist und bleibt. (Diese Charakteristik der Regierung Cuno und diese kompromittierende Solidaritätserklärung dürfte ihrem Ansehen nach innen und außen kaum nützen. D. Red.)

Als der kommunistische Redner Roenen das Wort ergriff, verliehen die Abgeordneten bis auf etwa zehn und ebenso die Minister den Saal.

sich, die jetzt innerhalb des Faschismus gegen diesen wählen. Jeden Tag kommt eine neue Staldbombe zum Fliegen, so jetzt in Umbrien, wo einer der Führer dem andern die gemeinste Beisternschaft vorwirft. Ein Duell unter Faschisten folgt dem andern, eine der „erhabensten Größten“ des Faschismus, der sogar Italien eine neue Verfassung ausbrütet, wird trotz dieser hohen Mission von einer anderen GröÙe öffentlich als „dreschier Affe“ bezeichnet. Die Regierung weiß sich keinen Rat mehr, um diesen Orgien der Disziplin und Brüderlichkeit ein Ende zu setzen. Dazu kommt der stets fortschreitende Rückgang in der Auflage der faschistischen Presse, die wegen ihres Treibens von Effizienz selbst den Faschisten zu langweilig wird. Freilich werden die meisten Faschistenblätter nicht von der Regierung, sondern von Banken und industriellen oder agrarischen Interessentengruppen besolbet, aber die Geldgeber wollen doch von ihrem Geld etwas haben. So hat der steriale (!) Banco di Roma dem Faschistenblatt „Nuovo Paese“ den Hafer entzogen, nachdem die Auflage, die vor dem Uebergang zum Faschismus 70.000 Exemplare betrug, auf 5000 gesunken ist. Und der Herausgeber, als rechtschaffener Händler mit seiner politischen Ueberzeugung, hat einfach die Bank verflucht, ihm weiter 150.000 Lire im Monat für die Abnahme dieser Ueberzeugung zu bezahlen. Die Bank findet, daß ein in nur 5000 Exemplaren verbreiteter politischer Bekümernis selbst in diesen Zeiten der Teuerung mit ein Lire pro Exemplar zu hoch bezahlt ist. Wie dem nun sei — den Geldwert ihrer Ueberzeugungen mögen die Herren unter sich ausmachen — die Zeitungsbetriebe werden immer unrentabler, weil die Auflage aller regierungstreuen Blätter stark zurückgeht; es müssen also immer neue Kapitalistengruppen zum Zahlen herangezogen werden, so daß die Presse, eingebümmelt zwischen Zensur und

den Ansprüchen der Zahler, immer friedlicher und schlammiger ihre Pluten wälzt, deren Wasser einigermassen zu sinken anfängt.

Aber ernster als das Problem der erschlaffenden Langweiligkeit der offiziellen Presse, dem nur durch Wiederherstellung der Pressefreiheit abzuhelfen wäre, ist das der „Miliz für die nationale Sicherheit“. Die ist jetzt 300.000 Mann stark, da alle Mitglieder der faschistischen Partei von Amts wegen ihr beitreten müssen. Dieser Tage hat man wieder fünfzig Millionen für sie bewilligt und natürlich bringt jeder Tag neue Ausgaben. Dabei richten die Leute eine Menge Unruhe an. Teils sind sie beim Brennen und Verwüsten, beim Prügeln und Beschimpfen mit dabei, teils nehmen sie Partei für einen Faschistenführer gegen den andern, teils feiern sie, wie in Sarsena, auf eigene Faust den ersten Mai durch ein Festgelage. Damit nicht genug, haben all diese Leute auf Grund des Wahlgesehes ihr Wahlrecht eingebüßt, denn man kann in Italien nicht gleichzeitig Polizeifunktionen ausüben und politischer Wähler sein. Wenn aber alle Faschisten obligatorisch der freiwilligen Miliz angehören, was ja an sich schon sehr hübsch gedacht ist, wo bleiben dann die faschistischen Wähler? Alle sich jetzt der Partei zuwendenden Neuberechnungen werden auch, durch die bloße Tatsache des Beitrittes, freiwillige Wehrmänner des dritten Aufgebotes; also keine Wähler mehr, nur Polizisten. Ohne die Verfassung zu ändern, könnte man durch Dekret die Beteiligung der Nichtfaschisten bei den Wahlen verbieten (wie man den ersten Mai verboten hat); da die Faschisten alle Polizeifunktionen haben, dürfen sie auch nicht wählen, und man wäre leicht und glücklich das Parlament los, ohne das Wahlrecht anzutasten; das Recht bliebe bestehen, nur die Wähler würden abgeschafft.

Dabei hat der Faschismus eine unglückliche Hand in allem, was er zur Festigung seiner

Das Zentrum für ein präziseres Anbot.

Berlin, 16. Mai. (Tsch. P.-B.) Die Zentrumsfraktion von Reichs- und Landtag brachte in einer gemeinsamen Sitzung die Ansicht zum Ausdruck, daß der Faden der Verhandlungen mit der Entente nicht abreißen dürfe und deshalb ein neues präzisierendes Angebot, besonders in der Frage der Garantien, gemacht werden müsse. Auch in der Auffassung, daß keine andere als die gegenwärtige Regierung zu dieser Aufgabe berufen sei, herrscht vollkommene Einmütigkeit.

Die Griechen verweigern die türkischen Reparationsforderungen.

Lananne, 15. Mai. Die griechisch-türkischen Verhandlungen über die Reparationsfrage sind in eine kritische Phase eingetreten. Den Gerichten über einen griechischen ultimativen Schritt bei der Türkei wird von griechischen Kreisen entschieden entgegengetreten. Es steht aber fest, daß Venizelos in einer Unterredung mit Ismet Pascha nachdrücklich die Reparationsleistungen als materiell unerfüllbar ablehnte. Die Verhandlungen zwischen den Griechen und den Türken sind daher seit gestern eingestellt und sollen erst am Donnerstag oder Freitag wieder aufgenommen werden. Man glaubt, daß bis dahin Ismet Pascha Befehle aus Ankara erhalten haben wird. In den heutigen Unterredungen der Griechen mit den Alliierten bleiben jene bei ihrer Reparationsweigerung. Die Alliierten schlugen darauf einen Schiedsspruch des Völkerbundes oder des hiesigen Gerichtshofes vor.

Attentat auf eine Krakauer jüdische Redaktion.

Krakau, 16. Mai. (Tsch. P.-B.) Gestern nachts wurde hier auf die Redaktion des jüdischen Blattes „Nowi Dziennik“ ein Bombenattentat verübt. Durch die Explosion wurde die Redaktion und die Druckerei beschädigt und es droht der Einsturz des Gebäudes. Obwohl in der Redaktion einige Redakteure anwesend waren, sind Menschenopfer nicht zu beklagen. Das gestrige Bombenattentat ist bereits das dritte in kurzer Zeit: Das erste wurde auf die Wohnung des Direktors der Jagello-Universität, Nathansohn, das zweite gegen die jüdische Organisation verübt. Es besteht kein Zweifel, daß alle diese Attentate das Werk einer geheimen terroristischen Organisation sind.

Positionen tut. Bekanntlich soll die Beamtenschaft abgebaut werden, weshalb das Finanzministerium 1500 neue Stellen ausgeschrieben. Obwohl das Gehalt nur 550 Lire im Monat beträgt, wovon nur ein Junggeheile, nicht aber eine Familie leben kann, haben sich über 7000 Bewerber gemeldet, unter denen über 2000 den Doktorgrad hatten; außerdem hatten viele bereits dem Finanzministerium als provisorische Beamte angehört. Obwohl die einen als die andern dieser Bewerber sind unberücksichtigt geblieben. Die römische „Voce Repubblicana“ teilt mit, daß viele der als geeignete Befundenen Bewerbungsschreiben mit folgendem Inhalt eingereicht hätten: „Bin Faschist seit dem und dem Tage, habe an dem Marsch auf Rom teilgenommen und lege die Beweismittel für beides bei.“ Auf die Art hat man natürlich das Kompetenteste vom Kompetenten bekommen! Es ist zweifellos rationeller, sich in die faschistischen Parteilisten als in die Universität einzutragen!

Und alle Faschisten verlangen von der Regierung wenn nicht Arbeit, so doch eine Stellung. Um abzuhelfen, hat man schon den Wachdienst bei den Gefangnissen den Soldaten entzogen und der freiwilligen Miliz übertragen, die nur Sold bekommt, sobald sie Dienst tut. Billiger ist das nicht, denn der Soldat bekommt vierzig Centesimi, der faschistische Gemeine dagegen achtzehn Lire!

So findet die faschistische Regierung den Weg zur Verwirklichung der Herrschaft der Edelsten und Besten wirklich mit Dornen gepflastert. Es genügt nicht, daß man hier und da einen De Vecchi absägt. Der ganze Faschismus ist überschwennt mit Prätorianern seines Schlages, die alle für ihre Klientel sorgen müssen. Das ist offenbar bis jetzt die erste Anzahlung zur Verwirklichung des römischen Weltreiches.

Die Reform der Bürger- und Mittelschulen.

Das Schulministerium veröffentlichte vor einigen Tagen einen Entwurf zur Reform der Bürger- und Mittelschulen. Die vorgeschlagenen Änderungen und Neuerungen scheiden so tief in die Struktur des Schulwesens ein und werfen so viele Probleme sozialer, wirtschaftlicher und nationaler Natur auf, daß wir es für notwendig halten, zuerst nur die wichtigsten Punkte der Reform anzuführen und eine eingehende Kritik einem weiteren Artikel vorzubehalten.

Die auffälligste Neuerung des Entwurfes besteht darin, daß er den Lehrplan der bisherigen Untermittelschule (Gymnasium, Realschule, Realgymnasium) demjenigen der dreiklassigen Bürgerschule gleichstellt. Alle Schüler werden nach der Abschließung der fünfjährigen Volksschule bis zum vierzehnten Lebensjahre teils in der dreiklassigen Bürgerschule teils in der ebenfalls dreiklassigen Untermittelschule nach einem in beiden Schulgattungen völlig gleichen Stundenplan unterrichtet, der durchschnittlich fünf Stunden täglich nicht übersteigen darf. Der Uebertritt aus der Bürgerschule in die Mittelschule und umgekehrt ist daher auch leicht. Zu Anfang des Schuljahres erfolgt er ohne jede Aufnahmeprüfung. Da jedoch die Bürgerschule Pflichtschule ist, die Untermittelschule aber nicht, so sollen Bürgerschüler, welche nach Ablauf der ersten Klassifikationsperiode (also etwa nach einem Vierteljahr) in mehr als zwei Gegenständen einen ungenügenden Erfolg hatten, die Mittelschule wieder verlassen und in die Pflichtschule zurückkehren. Einen Unterschied in der Bedeutung der Bürger- und Untermittelschule bildet auch das Abgangszeugnis. Das von der Bürgerschule ausgestellte gilt nur als Vorbildungsnachweis für alle Berufe und Fachschulen, welche als Vorbildung die Abschließung einer Bürgerschule oder einer Untermittelschule voraussetzen, verleiht aber nicht die Berechtigung zum Besuche der Obermittelschule. Die Zulassung zum Studium an der Obermittelschule ist für alle Bürgerschüler und für Mittelschüler, die die dritte Klasse der Untermittelschule mit nur genügendem Erfolge absolviert haben, an das Bestehen einer Aufnahmeprüfung aus der Unterrichtssprache, der Durch den Entwurf obligatorischen zweiten Nationalitätensprache und der Mathematik geknüpft. Nur jenen Schülern der Untermittelschule, die aus diesen Gegenständen in der dritten Untermittelschulklasse die Not „gut“ und auch in den übrigen Gegenständen im Durchschnitt guten Erfolg hatten, werden von der Aufnahmeprüfung befreit.

Der Tendenz, ungeeignete Schüler vom Studium abzuhalten, dient für Schüler aller Kategorien, mit Ausnahme der Volksschule die Bestimmung, daß ein Schüler, falls er zweimal in einer Klasse durchfällt, die betreffende Schulart zu verlassen hat. Unfähige Bürgerschüler, die noch schulpflichtig sind, werden dann in die neu zu errichtende (sechste) Abschlussklasse der Volksschule versetzt, die als für Schüler bestimmt ist, welche zum Bürger- und Mittelschulunterricht ungeeignet sind.

Die neue Obermittelschule, die eine größere Spezialisierung der Studien als bisher ermöglichen soll, umfaßt vier Klassen und überdies noch einen einjährigen Hochschulvorbereitungskurs in einer fünften Klasse bloß für diejenigen Absolventen der Obermittelschule, die ihre Studien an einer Hochschule fortsetzen wollen. Auch die fünftägigen Volksschullehrer sollen zur Abschließung aller fünf Obermittelschulklassen verpflichtet sein und außerdem noch ein Jahr an der manchen Mittelschulen angegliederten einjährigen Lehrerkademe zubringen müssen. Die erste bis vierte Klasse der Obermittelschule zeigt eine Gabe in zwei Haupttypen, einen vorwiegend humanistischen Typus A und einen überwiegend realistischen Typus B. Beiden Typen sind eine Anzahl Gegenstände gemeinsam, an denen alle Schüler teilnehmen. Diese Gegenstände sind: Bürgerkunde und staatsbürgerliche Erziehung, Unterrichtssprache, eine von den Sprachen der den Staat bewohnenden Nationalitäten, Geographie, Geschichte, Naturgeschichte, Physik, Chemie, Mathematik, Philosophische Propädeutik, Geschichte der antiken Kultur, Turnen. Daneben soll es in beiden Typen wählbare Pflichtfächer geben. Solche, beiden Typen gemeinsame, wählbare Pflichtfächer wären: Naturwissenschaftliche Übungen und praktische Kurse moderner Sprachen.

Außer den gemeinsamen Fächern soll es jedem Typus eigene, wählbare Pflichtfächer geben, welche also einmal gewählt, für die ganze Schulzeit verbindlich bleiben. Im Typus A wären dies zwei Fremdsprachen (antike oder moderne), im Typus B dagegen gäbe es nur eine moderne Sprache und dafür mehr darstellende Geometrie und Zeichnen als im Typus A.

Das Abkultorium der vier Klassen einer Obermittelschule dient als Vorbildungsnachweis für alle Berufe, für welche Mittelschulbildung verlangt wird. Es berechtigt aber, wie schon erwähnt, nicht zum Besuche einer Hochschule.

Die Berechtigung zum Besuche aller Arten von Hochschulen erhalten die Absolventen der fünften Klasse, wenn sie von ihrem Professorenkollegium zum Hochschulstudium geeignet befunden werden. Einer Reiseprüfung haben sich nur solche Absolventen der fünften Klasse zu unterziehen, die nur einen genügenden Erfolg aufweisen und über deren Eignung zum Hochschulstudium Zweifel bestehen. Auch ein Absolvent der vierten Klasse, der diese mit Auszeichnung bestanden hat, kann, wenn er Vorprüfungen über

Der englisch-russische Konflikt.

Eine Erklärung Krassin's.

London, 16. Mai. Nach Anhörung des größten Teiles der gestrigen Unterhausdebatte erklärte Krassin in Unterredungen mit Pressevertretern, er habe gestern ein Schreiben an das Foreign Office geschickt. Es sei ursprünglich nicht seine Absicht gewesen, um eine Unterredung nachzusuchen. Jetzt hoffe er jedoch, daß eine Zusammenkunft stattfinden werde. Die russische Regierung wolle keineswegs den Bruch des englisch-russischen Handelsabkommens, sie wüßte, alle Streitfragen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu erörtern. Auf einer Konferenz zwischen politischen Vertretern Großbritanniens und Russlands könne die Frage der Propaganda geklärt werden, die Regelung der Forderungen müsse durch Unterzeichnung eines Vertrages friedlich verhandelt werden.

Die Unterhausdebatte.

London, 16. Mai. In der gestrigen Debatte über die englisch-russischen Beziehungen erklärte der Unterstaatssekretär des Äußeren Mac Reil noch: Der Gedanke, daß es wegen der vorhandenen Differenzen zu einem englisch-russischen Kriege kommen könne, sei lächerlich. England wüßte möglichst harmonische Beziehungen mit allen auswärtigen Nationen einschließlich Rußland zu unterhalten. Die Regierung beabsichtige nicht, das Handelsabkommen aufzuheben, sondern sie wüßte im Gegenteil, daß seine Bestimmungen befolgt würden. Aus welcher Quelle das Beweismaterial stamme werde er nicht mitteilen, es sei aber durchaus zuverlässig. Die russische Regierung habe trotz der energischen Note nichts getan, um den Entschädigungsforderungen für die schlecht behandelten britischen Untertanen für die schlechteste Behandlung kritischen Untertanen zuzugehen. Es werde auch keine Entschädigung für die Festhaltung in Aussicht gestellt. Die Forderung nach der Zwölftmeilenengrenze werde aufrecht erhalten, während doch seit 1869 lediglich eine Dreimeilenengrenze eingehalten werde. In allen Fragen, namentlich in der der Propaganda, der Entschädigung für die Mißhandlung britischer Untertanen und der Fischerei sei die russische Antwort durchaus unzufrieden.

Lloyd George drückte seine Befriedigung über die Mitteilungen Mac Reils aus. In Wirklichkeit bestünde zwischen Pazifismus und Bolschewismus kein grundlegender Unterschied. Seit 1914 hätten

die Ultimata einen schlechten Plan. Dieses Wort habe die größte Katastrophe der menschlichen Geschichte herbeigeführt. Er hoffe, dies werde nicht wieder geschehen. Wenn man die russischen Handelsvertreter nachsichtete und alle Verbindungen mit Rußland abschneiden würde, so würde die dortige Revolution auf sich selbst zurückgeworfen werden.

Asquith sagte, es wäre nicht klug, den einzigen Faden freundschaftlicher Verbindungen, der zwischen England und Rußland gegenwärtig bestehe, zu durchschneiden. Es bedeute eine große Erleichterung für das Unterhaus und wisse es auch für die Öffentlichkeit bedeuten, zu wissen, daß der Besuch Krassin's benützt werden könne, um in diesen Fragen zu einer gemeinsamen Vereinbarung zu gelangen.

Keenworth erklärte, das Haus müsse auf einer Erklärung seitens der Regierung bestehen, was auch immer das Ergebnis der Unterredung zwischen Curzon und Krassin sein werde. Die Unterhandlungen dürfen nicht abgebrochen, sondern müßten über die festgesetzte Zeit hinaus fortgesetzt werden, um dem Hause eine Gelegenheit zu bieten, seine Ansichten auszusprechen.

Die Labour Party gegen die russischen Priesterurteile.

London, 15. Mai. (N.A.) Ramsay MacDonald, Clynes und Arthur Henderson empfingen im Unterhause für den Vollzugsbeschluß der parlamentarischen Arbeiterpartei eine Abordnung von Vertretern von Religionskörperschaften in Großbritannien in Angelegenheit der Stellung der verschiedenen Religionskörperschaften in Rußland nach der jüngst getroffenen Entscheidung der Sowjetregierung. Die Deputation erhob scharfen Protest gegen die Politik der russischen Regierung. MacDonald schloß sich in seiner Antwort namens der Arbeiterpartei vollständig diesem Protest an. Er erklärte, es sei bereits beschlossen worden, daß die Arbeiterpartei eine Denkschrift nach Moskau senden werde in der Hoffnung, daß diese Erfolg haben werde. Am Schlusse ihrer Unterredung sprach die Abordnung, wie „Daily Telegraph“ berichtet, ihre Befriedigung über die Antwort MacDonald's aus.

gewollt haben. Es braucht ihnen darob aber nicht bangen zu werden: je näher die Wahlen kommen, desto mehr Einsehen werden auch die anderen deutschbürgerlichen Parteien haben. Nur ein Weibchen — und sie werden alle wieder beisammen sein, um die Sozialdemokratie gemeinsam zu vernichten. Wozu wir ihnen heute schon Glück wünsch.

Austritt Zenters aus der deutsch-demokratischen Partei. Die deutschbürgerliche Politik in allen Lagern dreht sich seit kurzem um die Judenfrage. Die Gelben sind vorangeritten, dann hat sich die deutschdemokratische „Bosemia“ gemeldet und gestern leitartikelte nun auch die „Deutsche Landpost“ über diese Angelegenheit der Wahlen brennendste aller Tagesfragen. Interessant ist aus den Mitteilungen des agrarischen Blattes nur die Mitteilung, „daß vor kurzer Zeit der bedeutendste Führer der deutschdemokratischen Bewegung, E. V. Zenter, der zu den Grundpfeilern dieser Partei zählte, aus ihr austrat, weil er das Ueberhandnehmen der jüdischen Geistesrichtung im deutschen Parteiwesen als schädlich erkannt hat.“ Die „Landpost“, die ebenso wie die Gelben, gerade jetzt ihr Herz für die Juden entdeckt, meint, aus „Antisemitismus“ hätte Zenter diesen Schritt nicht getan. Wir erlauben uns, diesen Antisemitismus dieser Anführungszeichen zu entleeren. Zenter ist wegen der „jüdischen Geistesrichtung“ gegangen, was sowohl ihn als auch die Deutschdemokraten charakterisiert, die es bisher noch nicht für nötig fanden, der Öffentlichkeit das Verstecken einer ihrer „Grundpfeiler“ mitzuteilen.

Verbot der Weiterführung deutscher Schulklassen auf Kosten der Gemeinden. Im vergangenen Jahre wurde im Abgeordnetenhaus eine dringliche Interpellation betreffend das Verbot der Weiterführung deutscher Schulklassen auf Kosten der Gemeinden eingebracht, welche vom damaligen Schulminister Schroder in der Schuldebatte mit einer einfachen Erklärung abgefertigt wurde, die auf das Meritum der Anfrage überhaupt nicht einging. Die Erklärung beschränkte sich darauf, daß sich die Weiterführung der aufgelassenen Klassen auf Kosten der Gemeinden nicht mit dem Geseze in Einklang bringen lasse, weil es sich hier um die Erneuerung einer aufgelassenen Klasse, das ist um die Errichtung einer neuen Klasse handelt, welche nur der hierzu kompetente Landes-Schulrat, keineswegs aber die bezeichnete autonome Körperschaft aussprechen könnte. Von den Fällen, welche der Interpellation zugrunde lagen, wurde der eine abgewiesen, während der zweite Fall noch unerledigt ist. Auch diese Entscheidung des Ministeriums entbehrt vollkommen der Erledigung der gegen das Verbot in merito geltend gemachten Einwendungen, indem es nur die Abweisung verfügt, weil die erwähnte Schule noch heute um 2 definitive Klassen mehr hat, als im Sinne des Paragraphen 5 des Gesezes vom 13. Juli 1922 unbedingt notwendig wäre und weil sie 2 Parallelklassen hat, obwohl nur eine Klasse mehr als 80 Kinder hat

die nicht bei der Reifeprüfung geprüften Fächer der fünften Klasse ablegt, zur Reifeprüfung zugelassen werden.

In diesem Hochschulvorbereitungskurs sollen die Schüler Anleitung zum selbständigen Studium, zur selbständigen Sammlung und Bewertung der Literatur und zur selbständigen (wenn auch nicht streng wissenschaftlichen) Laboratoriumsarbeit erhalten. Mit Rücksicht auf ihr fünftägiges Studium werden die Schüler der fünften Klasse in mehrere Gruppen geteilt: a) in die altillogische Gruppe (Latein und Griechisch), b) in die neuphilologische Gruppe (Latein und eine lebende Fremdsprache oder zwei lebende Fremdsprachen), c) in die naturwissenschaftliche Fachgruppe (Naturgeschichte und Chemie oder Physik und Chemie, außerdem die Grundlagen der höheren Mathematik), d) in die mathematische Gruppe (Mathematik, darstellende Geometrie, Zeichnen, Physik, besonders Mechanik), e) in die pädagogische Gruppe (Wirtschaftslehre, Musiklehre, Gesang, Fertigkeiten, Einführung ins Schulleben). Außerdem werden für alle gemeinsam als Pflichtfächer unterrichtet: Philosophie (Geschichte der Philosophie, Ethik, Ästhetik, Soziologie), Naturgeschichte und Kunstgeschichte, Unterrichtssprache mit besonderer Berücksichtigung der Westliteratur, Hygiene. — Der Entwurf enthält schließlich zur Vertiefung der Kenntnisse der Geplanten Stundenpläne, auf die es erst im Rahmen einer Kritik einzugehen möglich ist.

Zuland.

Deutschbürgerliche Schmerzen. Wir haben in der letzten Zeit verschiedene Anzeichen festgehalten, die verzeihen, daß der Kassenrat in den unterschiedlichen Lagern des deutschen Bürgerturns allmählich seinen Höhepunkt erreicht. Die Partei des Herrn Lodgman hat seit der Sprengung des Parlamentarischen Verbandes Debacle auf Debacle erlitten und es scheint so, als ob es ihr jetzt gerade nicht unangenehm wäre, wenn der Verband wieder aufgerichtet würde, den sie vor einem Jahr mit Eifer zerschlugen. Und die deutschen Nationalsozialisten, die damals mit Lodgman gingen, haben sich längst von ihm losgesagt und sind nun die ersten, die angesichts der kommenden Wahlen wieder Frühling mit den anderen deutschbürgerlichen Parteien suchen. Aber die sogenannte „Arbeitsgemeinschaft“ hat es jetzt anscheinend nicht eilig. Abgesehen von den Deutschdemokraten, die von der plötzlich auftauchenden Judenliberalität der Gelben entzückt sind, scheinen sich die „Aktivist“ um die sofortige Wiederherstellung der „Einheitsfront“ nicht gerade zu reizen. Die Agrarier haben den Deutschnationalen ein paar ausgiebige Niederlagen bereitet und fühlen sich als Sieger und die Christlichsozialen gehen ruhig den von Gott dem Herrn vorgezeichneten Weg weiter, ohne sich um links und rechts sonderlich zu kümmern. Sodas also die Trompetenbläser Lodgman und Knirch allein auf weiter Flur stehen, ganz so, wie sie es vor einem Jahr

und deshalb keine Rechtsgrundlage dafür vorhanden sei, daß eine weitere, bereits aufgelassene Parallelklasse wiederum bewilligt werde. Es wäre doch wahrhaftig Zeit genug gewesen, daß sich das Ministerium in der langen Zeit, welche seit der Schuldebatte verfloßen ist, mit dem Meritum dieser Frage etwas eingehender beschäftigt hätte. Es hat sich im gegebenen Falle gar nicht darum gehandelt, wieviele Klassen die Schule habe, noch ob sie mehr Klassen habe, als sie nach Paragraph 5 des kleinen Schulgesezes besitzen soll. Der Kernpunkt der Rekursbegründung behandelt vielmehr die Frage, ob die Belastung von Klassen auf Kosten der Gemeinden — also auf eine Art, welche anderen Konkurrenz-faktoren, außer der Gemeinde, keine wie immer gearteten Kosten verursachen würde — ermöglicht wäre; dies außerdem noch mit Berücksichtigung des Umstandes, daß die angestellte Lehrkraft auf alle ihre Ansprüche auf spätere Dienstverhältnisse und Pensionszeitrechnung verzichten. Selbst der Landesverwaltungsaußschuß hat sich bemüht gefühlt, sein Desinteressent in solchen Fällen auszudrücken. Es erscheint daher um so unverständlicher, daß das Schulministerium jetzt auf einmal diesem ganz selbstverständlichen Bestreben der größeren Schulgemeinden, ihr Schulwesen auf dem Grade zu erhalten, wie es eben für große Gemeinden aus kulturellen Gründen erforderlich ist, hindernd in den Weg tritt, ohne daß die ganze Frage von ihm selbst meritorisch einer Klärung zugeführt worden wäre. Abg. Gen. Hoffmann richtete daher im Abgeordnetenhaus an den Minister für Schulwesen und Volkskultur die Anfrage, ob ihm diese unfaßliche Erledigung einer sich bereits so lange Zeit hingehenden Rekursangelegenheit bekannt ist und ob er bereit wäre, die Rechte der Gemeinden anzuerkennen, einzelne Schulklassen auf eigene Kosten zu errichten und zu erhalten?

Die schleichende Koalitionskrise ist weiterhin Gegenstand der Erwägungen der tschechischen Presse. Die „Tribuna“ charakterisiert die Krise mit den Worten: „Für die Gründung der Koalition hat bisher immer jene Wunderformel von der Notwendigkeit der Koalition genügt, aber eine Formel zur Beseitigung der selbstverständlichen Gegenläufe in der Koalition ist noch nicht gefunden.“ Das Blatt meint dann, daß einem nicht geringen Teil der Schuld an den Koalitionsschwierigkeiten die kommenden Gemeinbewahlen tragen, da den Parteien an ihren Agitationsmöglichkeiten mehr gelegen sei als am Stoa. An auffällender Stelle erklärt sich der „Benkov“ mit der Tätigkeit des Abgeordnetenhauses in der Frühjahrsession nicht einverstanden. Das agrarische Hauptorgan schreibt: „In erster Reihe muß die Frage der Notifizierung der Geseze über die Vermögensabgabe und die Vermögensteuer und die Frage des Volksschulwesens für landwirtschaftliche Produkte gelöst werden.“

Die „Prager Presse“ konfiszieren. Das Prager Landesstrafgericht hat die Konfiskation der „Prager Presse“ vom 6. Mai wegen eines Artikels über die Liquidation der „Ludova Banka“ in Rosenberg (Slomovec) auf Grund des Gesezes zum Schutze der Republik bestätigt und die Beschlagnahme der gesamten Auflage der Zeitung vom 6. Mai ausgesprochen. Es handelt sich hier natürlich nur darum, der Öffentlichkeit die Unabhängigkeit der „Prager Presse“ von der Regierung zu beweisen. Die vom Stadtprin rollenden Millionen werden sicher auch den der „Prager Presse“ durch die Konfiskation entstandenen Schäden beden.

Svehla wieder einmal in Prag angekommen. Wie die Prager Polizeikorrespondenz meldet, ist Ministerpräsident Svehla am 15. Mai um neun Uhr sechs Minuten mit dem Schnellzuge an Prager Wilsonbahnhofe angekommen. Es dürfte sich vielleicht diesmal um den wirklichen Svehla und nicht um seinen Doppelgänger handeln.

Tages-Neuigkeiten.

Die Gelbquellen der österreichischen Dakentzler, Frontkämpfer und Heimwehren. Wie der Wiener „Morgen“ zu berichten weiß, ist im österreichischen Industriellenverband ein Konflikt ausgebrochen, weil einige Mitglieder dieses Verbandes in Erfahrung gebracht haben, daß der Verband oder einzelne seiner Mitglieder industrielle Gelder dazu verwenden, um antisemitische Ordnerwehren zu unterstützen. In den Kreisen der Industriellen sind Gerüchte verbreitet, daß in der letzten Zeit gewisse Fabrikanten große Summen diesem Zwecke geopfert haben. Aus diesem Grunde begab sich vor einigen Tagen eine Abordnung der jüdischen Industriellen zu dem Präsidenten des Industriellenverbandes und verlangte von ihm Aufklärung, warum er trotz seiner Ablehnungsversuche die Frontkämpfer die Dakentzler und die Heimwehren mit Geldern des Verbandes unterstütze. Bei dieser Vorrede kam es zu einer äußerst heftigen Aussprache. Die Auskünfte, die der Präsident des Industriellenverbandes der Deputation gab, schienen diese nicht zu befriedigen, denn sie erklärte, sie würde alles unternehmen, um ihre jüdischen Verbandsangehörigen auf die Umtriebe des Verbandspräsidenten aufmerksam zu machen, und sie zum Austritte aus dem Industriellenverbande zu veranlassen. Der Präsident erklärte nämlich der Deputation, daß die Unterstützung der Heimwehrformationen nie in Abrede gestellt wurde, da sie eine natürliche Folge der wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten Zeit sei. Auch die Frontkämpfer seien mit Geldern des Verbandes unterstützt worden. Der Präsident lehnte es

jedoch ab, über seine oder des Verbandes Beziehungen zu den Hakenkreuzlern Auskünfte zu erteilen. Wie nun der „Moragen“ weiter meldet, haben die jüdischen Industriellen Beweise dafür, daß auch die Hakenkreuzler ausgiebig mit industriellen Geldern durch den Verband unterstützt wurden. Da man sich nicht getraute, diese Unternehmungen öffentlich durchzuführen, so wählte man folgende Taktik: Man ließ den Heimwehrverbänden, besonders denen in der Steiermark, größere Beträge zu, und hatte dann nichts dagegen, daß der Ueberfluß von Graz nach Wien zurückwanderte, um in die Kassen der Hakenkreuzler zu fließen. Die Summen, die da in Betracht kommen, gehen ins Unermeßliche. Die jüdischen Industriellen, die genaues Rohmaterial in der Hand haben, wollen dieses der Öffentlichkeit vorlegen und auf diese Weise die öffentliche Diskussion provozieren. — Soweit der „Moragen“. Für uns sind diese Tatsachen nicht überraschend. Ganz dasselbe hat sich zwischen den Hakenkreuzlern und den Großindustriellen Bayerns abgespielt — die Selben leben überall von Geld und Gnaden der Kapitalisten. Die Industriellen, in den verschiedenen Hakenkreuzler- und Frontkämpferorganisationen ihre beste Stütze haben, lassen es ja an Zuwendungen nicht fehlen, um ihre guten Freunde immer in guter Stimmung zu erhalten. Daß die Hakenkreuzler auch mit jüdischem Geld unterstützt wurden, sollte die jüdischen Industriellen nicht so sehr in Zorn versetzen. Denn schließlich ist es auch ihr Kapital, das von den verschiedenen Kämpferorganisationen geleistet wird. Und die von der Industrie betriebene Propaganda ist ja schließlich nichts anderes, als das Deckmäntelchen, um das Volk über die wahren Aufgänge der Kampforganisationen — Schutz des Kapitalismus — hinwegzutäuschen.

Eine Korruptionsaffäre in Friedel. Aus der amerikanischen Kinderfürsorge in Friedel sind — wie die Tropenauer „Volkspresse“ meldet, — vor einigen Monaten 180 Kisten Kondensmilch, 100 Kgr. Kakao, 606 Kgr. Reis und eine große Menge von Äpfeln, Fett und Mehl entwendet worden. Der Diebstahl wurde damals der Verwaltungskommission angezeigt. Als Täter bezeichnete man den Prokuristen des „Hospodarske Mladiste“ (Wirtschaftliches Lager) in Friedel. Der Regierungs-Kommissar Franz Tesaf wollte jedoch damals nicht in Friedel und wurde daher von seinem damaligen Stellvertreter, einem Eisenbahnbediensteten, vertreten. Der Stellvertreter des Regierungskommissars ließ die ganze Angelegenheit untersuchen und stellte auch durch protokollierte Einvernahme dreier Zeugen fest, daß der beiduldigte Prokurist tatsächlich als Urheber der Diebstähle bezeichnet werden müsse. Als dann der Regierungskommissar zurückkam, wurden ihm die ganzen Akten übergeben. Die Sache schien jedoch, da der Regierungskommissar ein guter Freund des Prokuristen ist, im Sande zu verlaufen. Da aber der Stellvertreter des Regierungskommissars mit aller Entschiedenheit sich dafür einsetzte, daß das Verbrechen nicht vollständig strafflos aus der Welt geschafft werde, blieb dem Regierungskommissar nach vergeblichen Bemühungen, die Angelegenheit zu vertuschen, nichts übrig, als diese der Staatsanwaltschaft in Mährisch-Strau zu übergeben. Er übergab die Akten aber erst dann, als sein Stellvertreter die Strafanzeige erstattet hatte. Die Staatsanwaltschaft ließ die ganzen Diebstähle gewissenhaft untersuchen und erhob schließlich gegen den Prokuristen die Anklage wegen Veruntreuung von Lebensmitteln. Die Staatsanwaltschaft stellte auch fest, daß der Prokurist in der amerikanischen Mission nichts zu suchen gehabt habe und daß er untererährte Kinder dadurch bestahl, daß er die Maonäure anwies, Erparungen zu machen. Die entwendeten Lebensmittel verkaufte der Prokurist teilweise, teilweise ließ er sie nach keinem Gedanken in fremde Lagerhäuser wegführen. — Es stand also zu erwarten, daß der Prokurist ferner Strafe nicht entgehen werde. Dieser Tage ersah jedoch an die Staatsanwaltschaft in Mährisch-Strau die Weisung, daß das Strafverfahren eingestellt werde. Diese Nachricht hat in Friedel riesige Empörung hervorgerufen. — Wir erwarten, daß man der Öffentlichkeit die Gründe bekanntgibt, die zur Einstellung des Strafverfahrens gegen den sauberen Prokuristen führten.

Der Hebammenmangel. In der Sitzung des Gesundheitsausschusses des Abgeordnetenhauses vom 14. Mai wurde der Initiativbericht des Abg. Zycharova, der sich mit einer Regelung des Ammenwesens beschäftigt, mit zwei wichtigen Ergänzungen, die von den Abgeordneten Genossen Dr. Holitscher und Kirpal beantragt worden waren, angenommen. Im Anschluß an diesen Programmbericht richtete Gen. Dr. Holitscher die Anfrage an die Vertreter des Gesundheitsministeriums, wie es mit der dringend notwendigen und längst in Aussicht gestellten Reform des Hebammenwesens stehe, da sich bereits fühlbarer Mangel an Hebammen auf dem Lande einstellt und keine Hebammenkurse abgehalten werden sollen, bis die Reform durchgeführt worden ist. Redner verlangt die möglichst rasche Erfüllung des gegebenen Versprechens. Sektionschef Dr. Kullahay antwortete, daß der Gesetzentwurf bereits fertiggestellt und vom Minister unterschrieben sei; er wird mit möglicher Beschleunigung der verfassungsmäßigen Behandlung zugeführt werden. Schließlich wurde über die Petition verhandelt, die eine Abänderung des Impfgesetzes und die Einführung der englischen Gewissenkauf verlangt. Die Petition wurde durch den Abgeordneten Wenzl vertreten. Sowohl der Berichterstatter als auch Genosse Dr. Holitscher, der in längerer Rede die Notwendigkeit des Impfzwanges und die absolute

150.000 heimatlose ungarische Proletarier in der Tschechoslowakei.

Der Trianoner „Friedensvertrag“ und die fürchterlichen Folgen des Gesetzes über die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft in der Slowakei und Karpathenland.

Die Zustände in der Slowakei und in Karpathenland sind in Böhmen und Mähren nur sehr wenig bekannt. Zweck dieser Zeilen, die wir aus Koschau erhalten, ist, die deutsche Arbeitererschaft der Republik mit einem unserer schwersten Uebel, namentlich mit den unzähligen Beschwerden wegen der Heimatlosigkeit — wenn auch nur in großen Zügen — vertraut zu machen, von welchem hauptsächlich das magyarische Proletariat betroffen ist.

In der Slowakei und in Karpathenland gibt es zwei Teile Magyarentum. Der eine, größere Teil lebt schon seit Jahrhunderten auf diesem Gebiete, der andere Teil aber — dessen Anzahl etwa hundertfünfzigtausend beträgt — besteht aus Eingewanderten. Die Einwanderung der ungarischen Arbeiter datiert schon von lange her und geschah seinerzeit keineswegs zum Nachteile der einheimischen Bevölkerung. Die vorherigen ungarischen Regierungen haben nämlich zur Förderung der Industrie eine Anlagenspolitik betrieben und so kam es, daß ein sehr bedeutender Teil der ungarischen Industrie sich auf dem Gebiete des ehemaligen Oberungarns entwickelte. Diese sich rasch emporschwingende Industrie zog dann den Ueberfluß der landwirtschaftlichen Arbeiter der ungarischen Tiefebene an sich. Diese Massen haben sich vollständig den neuen Verhältnissen angepaßt. Stockungarische Leute vermählten sich mit Kindern slowakischer und deutscher Familien, ohne daß ihnen jemals eingefallen wäre, in den natürlichen Gang der Dinge nationale Gesichtspunkte, geschweige denn nationale Zwistigkeiten hineinzutragen.

Im Juni 1920 kam jedoch der Trianoner „Friedensvertrag“, laut dessen 62. Artikel nur diejenigen als tschechoslowakische Staatsbürger anerkannt werden, die nach dem, der Tschechoslowakei zugeordneten Gebieten schon im Jahre 1910 heimatlos waren. Im Sinne dieses Vertrages wurde vom Revolutionsparlament das Gesetz über das tschechoslowakische Staatsbürgerrecht geschaffen. Nun aber konnte im alten Ungarn die Zuständigkeit nur auf Grund der Steuerzahlung erworben werden, die Arbeiter jedoch — weil sie gegen Wochenlohn angestellt waren — wurden von der Steuerzahlung gänzlich entbunden. Demzufolge hat ein Arbeiter aus Debreczin oder Budapest — wenn er auch fünfzig Jahre hindurch in der jetzigen Slowakei oder Karpathenland wohnte — sich die Zuständigkeit nicht erwerben können. Kurz:

Die im Laufe der letzten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts dort angesiedelten Ungarn sind tatsächlich mit der einheimischen Bevölkerung verschmolzen, juristisch aber sind sie infolge des Trianoner Friedensvertrages und des Gesetzes bezüglich des tschechoslowakischen Staatsbürgerrechtes auf einmal fremde Staatsbürger geworden.

Diese Lage wird erschwert durch den Umstand, daß Ungarn diese bereits seit Jahrzehnten hier ansässigen Leute nicht mehr als Staatsbürger anerkennen. Die ungarische Regierung klammert sich nämlich an dem Saint-Germainer Vertrag, laut dessen 3. Artikel sich die tschechoslowakische Republik verpflichtet hat, alle diejenigen als tschechoslowakische Staatsbürger anzuerkennen, die ihren Wohnort oder ihre Zuständigkeit in einem der Tschechoslowakei zugehörigen Gebieten hatten.

Ungefährlichkeit der rationell durchgeführten Impfung auseinanderzusetzen und Dr. Lehner sprachen sich gegen die Petition und deren Forderungen aus; diese wurde mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Vom Bund proletarischer Freidenker in der tschechoslowakischen Republik. Die Ortsgruppe Prag des proletarischen Freidenkerbundes ersucht uns um Veröffentlichung folgenden Aufrufes an alle Freisinnigen: „Durch den Bundesratsbeschluss vom 1. Jänner 1923 in Karlsbad wurde der Freidenkerbund für die tschechoslowakische Republik in der tschechoslowakischen Republik umbenannt und durch diesen Beschluß zum Ausdruck gebracht, daß es uns mit den hohen Zielen der Freidenkerbewegung ernst ist, daß wir gewillt sind, diese mit Entschlossenheit, Mut und Ausdauer zu erreichen. Wir wollen in den Kampf gehen, den Reaktion, Kirche und Dogmenlehre uns und der freigeistigen Gesellschaft aufzuzwingen haben, ohne uns durch ein Kompromiß zu binden, unbehindert von den Fesseln bürgerlicher Ideologie. Denn wir Freidenker wissen, daß der Kampf für die Freiheit und das Recht der Menschen nicht allein in Politik und Gewerkschaft geführt werden muß, daß dieser Kampf ebenso schwierig und notwendig auf kulturellem Gebiete ist, daß die Reaktion und die Kirche gerade auf diesem Gebiete geistige Waffen benötigt, die uns gefährlicher sind, als sie nicht das Ansehen einer Waffe haben. Wir proletarischen Freidenker der Ortsgruppe Prag richten an alle freisinnigen Genossen die dringende Bitte, uns im Kampfe für die gemeinsame Sache zu unterstützen!“ Anfragen und Anmeldungen sind zu richten an den Obmann der Prager Ortsgruppe Franz Rejha, Prager Weinberge, Chocholouškova 10-II.

Die Wirtschaft der Nationaldemokraten im Prager Rathaus. Am Kongreß der nationaldemokratischen Gemeindefunktionäre erklärte Dr. Krámař, daß die Nationaldemokraten in den Gemeinden nicht für sich arbeiten, sondern für die breitesten Schichten der Bevölkerung und

geteilten Gebiete besitzen. Nachdem aber dieser zweifellos liberale, für das Magyarentum der Nachfolgestaaten günstige Vertrag nur von Ungarn eingehalten wird, die Tschechoslowakei aber darauf besteht, so ist das Verhältnis heute, daß etwa hundertfünfzigtausend Proletarier und mehrere zehntausende Kleinbürgerlicher Familien heimatlos wurden.

Es ist wohl wahr, daß die alten ungarischen und österreichischen Gesetze diesen entrechteten Einwohnern die Möglichkeit gegeben haben, um die Staatsbürgerschaft anzuwerben. Sie reichten auch ihre Gesuche ein — ungefähr hundertachtzigtausend Personen — ein beträchtlicher Teil derselben wurde vom Ministerium für die Slowakei auch bereits erledigt und zwar fast in allen Fällen ungünstig.

Es ist nicht ohne Interesse zu bemerken, daß zur Zeit, da in Slovensko und Russinsko der staatlich unterstützte Antisemitismus tobt, der Bratislauer Bevollmächtigte den reichen Juden ohne weiteres das Staatsbürgerrecht erteilt, hingegen werden die polnischen „Brüder“ samt den ungarischen und den aus dem Banat eingewanderten deutschen Proletariern ohne Ausnahme glatt abgewiesen.

Die tschechoslowakischen Staatsmänner benötigen scheinbar nur den gewonnenen Boden und die darauf befindlichen Schätze, ein großer Teil der Einwohner aber ist für sie bloß eine Last, die sie um jeden Preis loszuwerden bemüht sind. So viele Menschen können natürlich von heute auf morgen nicht ausgewiesen werden. Deshalb wird den durch juristische Kunststücke zu Fremdlingen gemachten, armen, unglückseligen Leuten das Leben mit allerlei unendlichen Schikanen unerträglich gemacht. Die kein Staatsbürgerrecht haben, werden aller ihrer menschlichen Rechte beraubt, ihre Existenzmöglichkeit ist auf den allergeringsten Preis beschränkt, aus den Fabriken und -Kongleien der Privatfirmen werden die seit Jahrzehnten hier lebenden Proletarier verjagt. Und dabei sind die sogenannten administrativen Ausweisungen auf der Tagesordnung, was gleichbedeutend ist mit der totalen Vernichtung von Proletarierfamilien.

So wird durch grausame Gesetze das arme Volk geknebelt und gemartert. Anscheinend war nicht genug das menschliche Unglück der letzten Jahre, nicht genug die Leiden, welche die riesige Tenierung, die Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, die plagenden Sorgen wegen der ungewissen Zukunft mit sich brachten. Zu all dem haben die Machthaber des Staates für das Volk, welches während des Krieges und auch seither die Höllequalen der geknechteten Märtyrer erduldet, ein neues Golgatha errichtet, welches den Namen — „Zuständigkeit“ führt.

So wird durch grausame Gesetze das arme Volk geknebelt und gemartert. Anscheinend war nicht genug das menschliche Unglück der letzten Jahre, nicht genug die Leiden, welche die riesige Tenierung, die Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, die plagenden Sorgen wegen der ungewissen Zukunft mit sich brachten. Zu all dem haben die Machthaber des Staates für das Volk, welches während des Krieges und auch seither die Höllequalen der geknechteten Märtyrer erduldet, ein neues Golgatha errichtet, welches den Namen — „Zuständigkeit“ führt.

daß sie glücklich sind darüber, daß sie zeigen konnten, wie fern ihnen der Egoismus liegt. Eine Illustration zu diesen Worten des nationaldemokratischen Königs bildet eine im „Pravo Lidu“ veröffentlichte Korruptionsaffäre. Die Prager Gemeinde wollte nämlich zum Zwecke der Erhaltung der Bevölkerung den Kuratlicher Wald kaufen. Es ist dies der einzige größere Wald in der Nähe von Prag. Die Gemeinde kaufte den Wald einschließlich der Obstgärten für einen Kaufpreis von 2 Kronen 73 Heller für einen Quadratmeter. Den Kauf vermittelte der bekannte patriotische Advokat und tschechische Nationalsozialist Sokol, der nun aus der Sache ein gutes Geschäft machen will. Auf der Tagesordnung der letzten Sitzung der engeren Zentralverwaltungskommission erschien nämlich plötzlich ein Antrag, die Gemeinde Prag möge Sokol etwa 35 Krasier Sold zu einem billigen Preise abgeben. Ferner sollte dem genannten Patrioten das Jagdrecht in dem Walde zu einem Spottpreis verpachtet werden. Die engere Zentralverwaltungskommission beriet über den Antrag und als es zur Abstimmung kam, war das Stimmenverhältnis 8:8. Der Bürgermeister Dr. Baza entschied als Vorsitzender selbstverständlich zugunsten Dr. Sokols. So gelangt also der schönste Teil des Waldes, den die Gemeinde für die breiten Schichten der Bevölkerung gekauft hat, in, allerdings „patriotische“, Privat Hände.

Jugentreifung. Der Hauptverein Deutscher Ingenieure in der Tschechoslowakischen Republik (D. I.) veranstaltete zu Pfingsten, d. i. in den Tagen vom 19. bis 22. Mai l. J. seine zweite Jugentreifung. Als Ort für diese Zusammenkunft deutscher akademischer Ingenieure wurde Brüna gewählt.

Flugzeugunglück bei Obell. Gestern mittags geriet auf dem Flugplatz bei Obell ein Flugzeug der Gesellschaft „Avia“ das von dem Piloten Josef Kubal geflort wurde, in ungefähr 500 Meter Höhe in Brand und stürzte ab. Der Pilot sprang in einer Höhe von 15 Metern aus dem Flugzeug und verlor sich durch den Sturz schwer. Er wurde ins Sanatorium nach Pöchl gebracht.

Das Flugzeug, das einen Wert von 500.000 K hat, ist vertrieben. Nach dem Entachen der Sachverständigen geriet der Luftvergaser des Flugzeuges in Brand, von dem Flugzeug erfasst wurde.

Letzte Nachrichten.

Bereitschaft der Reichsregierung zu einem neuen Anbot.

Berlin, 16. Mai. Ueber die heutige Unterredung des Reichskanzlers mit den Parteiführern melden die Blätter ziemlich übereinstimmend, daß sich aus den Ausführungen des Reichskanzlers ergeben habe, daß die Reichsregierung wegen einiger Stellen in der englischen Note noch in London rückfragen werde, um danach ihren Beschluß zu fassen. Die Regierung sei geneigt, sich daraufhin nochmals mit einer Note an die alliierten Mächte zu wenden.

Turnen und Sport.

Die Frage des freien Grenzübertritts.

Die Frage des freien Grenzübertritts hat vergangenen Sonntag deutsche und tschechische Arbeiterradfahrer in Teplitz auf den Plan gerufen. Mehr als 400 deutsche und über 100 tschechische Sportgenossen demonstrieren gemeinsam, um den Herrschenden im Saate zu zeigen, daß sie nicht weiter der Spielball ihrer Laune sein wollen. Dem beifällig aufgenommenen Referat des deutschen und tschechischen Genossen entnehmen wir mit Rücksicht auf den Umstand, daß in Prag am 17. d. M. die Verhandlungen in dieser für den Sport ungemein wichtigen Frage beginnen, folgendes:

Seit dem Jahre 1921 befaßte sich der Verband der Arbeiterradfahrer mit dieser Angelegenheit. Doch alle Mühe, all das aufgewendete Geld und die vergessene, kostbare Zeit waren umsonst verfließen, da die hohen Behörden von der Notwendigkeit des Sportes keineswegs überzeugt waren. Schon bei der Aufstellung dieser Frage zeigte es sich deutlich, daß wir in einem bürgerlich-kapitalistischen Saate leben, der aus verständlichen, bei den Haaren herbeigezogenen Gründen den freien Grenzübertritt den Arbeiterradfahrern gerade zu einer Zeit nicht bewilligte, zu der man den gedrücktesten bürgerlichen Radfahrervereinen diesen zugestand, weil diese den Geldbeitrag für den Preis und Ausweis bezahlen konnten. Daraus ist deutlich sichtbar, daß Demokratie und Gleichberechtigung hierzulande nur Dekoration sind und entscheidend nach wie vor der Geldsack ist.

Der Radspport kann nicht ausschließlich auf engbegrenzten Räumen und Plätzen gepflegt und ausgeübt werden; er ist vielmehr angewiesen auf weite Strecken und große Entfernungen vom Wohnort. Die Arbeiterportler sind hier jedoch in den Grenzgebieten veranfert und fordern als dringende Notwendigkeit die persönliche Bewegungsfreiheit der Sporttreibenden über die Grenze, jenseits der Grenze im innigen Kontakte lebten. Noch wichtiger sind jedoch die wirtschaftlichen Gründe, die für diese Forderung sprechen. Die heutige Wirtschaftskrise zwingt die Arbeiter öfter als früher den Arbeitsplatz zu wechseln; die Arbeiter müssen oft stundenweit vom Wohnort Arbeit und Verdienst suchen. Das Rad aber ist auch heute noch das billigste und unbeschränkte Transportmittel. Nun der Arbeiter zu seinem jenseits der Grenze gelegenen Arbeitsplatz, so ist er gezwungen, seine schwer erworbenen Groschen in Grenzausweisen anzulegen. Nicht selten kommt es vor, daß Arbeiter auch zu ihrem innerhalb des tschechoslowakischen Hoheitsgebietes gelegenen Arbeitsplatz das Gebiet des Nachbarstaates überschreiten müssen, wollen sie nicht einen stundenweiten Umweg machen. Doch dies kümmert die Regierung nicht; wer arm ist und nicht zahlen kann, ist eben der Benachteiligte. Unethisch und empörend aber ist es für die Arbeiter, daß sie nach einer Woche schwerer Arbeit im Dienste des Kapitals gehindert werden, eine Radtour zur Erholung und Stärkung zu machen, indem ihnen an der Grenze ein gebietliches Halt zugewiesen wird, während den Blusängern schaffender Arbeit lustige Autofahrten über die Grenze zu pikanten Abenteuern und Schiebergeschäften wie zum Schummeln ein gros längst gestattet sind. Die die Werte schaffenden Arbeiter leisten dem Staate und der Gesellschaft sicher bessere Dienste als diese auf ihren Reichtum pochenden Schieber, was freilich von der Regierung nicht erkannt wird, da sie bis heute die Vertreter des Proletariats zu den Beratungen über den freien Grenzübertritt noch nicht einmal zuzog. Dagegen und gegen die hemmenden Maßregeln protestieren die Sportgenossen und fordern einen energischeren, daß ihnen die freie Ueberkreuzung der Grenze ohne jede Entschädigung eines Entgelts, lediglich gegen Legitimation des Verbandes und die einmalige Anbringung einer Plombe am Rad, bewilligt werde. Die Arbeiterportler werden ohne Unterschied der Nationalität für diese ihre Forderung eintreten und geschlossen zusammenwirken für die Erreichung dieses Zieles. Eine in diesem Sinne gehaltene, deutsch und tschechisch verteilte Resolution ward einstimmige Annahme.

Bemerkenswert ist, daß die politische Bezirksverwaltung in Teplitz in unverantwortlicher Weise für dieselbe Stunde, zu der unseren Sportgenossen die öffentliche Versammlung am Marktplatz in Teplitz bewilligt war, dem nationalen Turnvereine von Teplitz zu einem Wettrennen diesen Platz überlassen habe. Unsere besonnenen Arbeiter deutscher und tschechischer Zunge ließen sich jedoch durch mit schwarz-rot-goldenen Fahnen dekorierte Autos der Nationalisten keineswegs provozieren.

West Ham United F. C. — Slavia 3 : 0 (3 : 0).

Nach dem vorjährigen Auftreten der „Geltic“ und „Abend“, die gegen Prager Mannschaften verfochten, war für die zwanzigttausend Zuschauer, die gestern auf dem Stadionplatz zusammenkamen, ein günstiges und zumindest unentschiedenes Abschneiden der Flaggberren eine fast gewisse Voraussetzung. Die Zuschauer wurden unangenehm enttäuscht. West Ham United F. C., eine zweiklassige englische Mannschaft, die sich bis zum Cupfinale durchgeschlagen und in diesem von den Bolton Wanderers geschlagen worden war, schickte eine Mannschaft ins Feld, deren Köpfe bewies, daß der Prager Fußball noch weit davon entfernt ist, sich eine Primatstellung in Europa anzumachen. Die Engländer spielten äußerst flink, waren rasch am Ball und führten besonders ein Kopfspiel vor, das von solcher Präzision in Prag noch kaum gesehen wurde. Die Slavia war in der ersten Halbzeit gegen das Spiel der Engländer überaus machtlos. Als dann in der zweiten Halbzeit die Slavia sich zurecht zu finden begann und ein mächtiger Wirbelsturm einsetzte, begünstigte sich die Engländer dankt, ein Exhibitionsspiel vorzuführen, ohne nach Torehren zu drängen. Nur ein befangener Lokalpatriot oder begeisteter Slaviaanhänger kann die Behauptung aufstellen, daß die Hausherren in der zweiten Halbzeit den Engländern einen ebenbürtigen Gegner abgaben. Die Engländer wollten eben keine Tore mehr erzielen, um die Niederlage der Slavia nicht zu einer katastrophalen zu machen. Der Schiedsrichter Herrites ließ sich von einigen Schreibern und dem gegen Ende des Spieles sich immer mehr erhöhenden Lokalpatriotismus nicht leiten und leitete das Spiel vollkommen unparteiisch. Wegen des drohenden Gewitters wurde die zweite Halbzeit ohne Pause der ersten angefügt. Die erzielten Tore waren für Slavia unhaltbar.

D.F.C. gegen 1. C.S.R. Preßburg 4 : 1. — Sparta gegen Meteor Vinohrady 5 : 2.

Kleine Chronik.

Angewandte Mikrophe in Norwegen. Aus Christiania wird vom 15. d. gemeldet: Heute nachmittags stürzte bei Horten ein Marineflugzeug mit zwei Offizieren und einem Artilleristen an Bord, das drohende Uebungen abhielt, in den Fjord und sank. Alle drei Personen ertranken.

Vernichtung eines amerikanischen Schweres. Sabas meldet aus Hot-Springs (Arkansas): Der hiesige Baderot wurde durch einen Wirbelsturm und einen Brand zerstört. Zahlreiche Personen kamen ums Leben.

Vegetarier-Weltkongress in Stockholm. Vom 19. bis 22. Mai findet in Stockholm ein Weltkongress der Vegetarier statt. Der nächste Weltkongress wird 1925 in Wien abgehalten werden.

Aluminium als Münzmetall. Als im Kriege, vor nunmehr etwa sechs Jahren, zum erstenmal Plennige aus Aluminium geprägt und in den Verkehr gebracht wurden, hat sich gewiß niemand in Deutschland träumen lassen, daß es dereinst solche Münzen im Wert von Hunderten von Mark geben würde. Das Reich macht freilich mit diesem Geld aus Leichtmetall eigenartige Erfahrungen. Als Deutschland noch die Goldwährung hatte, wurde der Aluminiumpennig als Kuriosum betrachtet und gesammelt, so daß er im Verkehr kaum je eine Rolle spielte. Dann kam die Papiergeldflut und schwemmte die letzten Reste des gemünzten Geldes hinweg, bis man sich endlich entschloß, an Stelle des aus dem Verkehr verschwundenen Silbergeldes größere Aluminiummünzen herzustellen. Von diesen war wirklich im Umlauf nur das Fünzigpennigstück; es verschwand aber, durch die fortschreitende Geldentwertung überholt, auch bald wieder in den Kästen der Sammelwütenden. Die Dreimarkstücke in Aluminium waren ihrem Nennwert nach schon bei der Ausgabe durch die Geldentwertung überholt, und wenn nicht alles trägt, wird es den neuen Zweihundertmarkstücken nicht anders gehen. Sie figurieren im Ausweis der Reichsbank zwar schon mit einer beträchtlichen Zahl von Milliarden; da man diese an sich sehr schönen und handlichen Münzen aber gleichfalls so gut wie nie zu Gesicht bekommt, so ist wohl der Schluß berechtigt, daß auch sie bisher fast völlig von den Sammlern gehamstert worden oder in den Westentaschen aufgespeichert sind. Geht das so weiter, so wird die Hartgeldfabrikation für die Reichsbank schließlich doch noch einmal zu einem Geschäft, allerdings nur dann, wenn der Nennwert der Münzen hoch genug ist, um neben den Herstellungskosten auch den Materialwert zu decken, was bisher durch die immer weiter fortschreitende Entwertung der Mark bereitet worden ist.

Volksunterhaltung und Volkskultur.

Nachträgliche Gedanken zur Maifeier.

An einem Feiertage des klassenbewußten Proletariats Betrachtungen über proletarisches Denken anzustellen, bringt uns erst dahin, zu erkennen, was noch an Bildungsarbeit zu leisten ist. Es soll hier nicht über die Bedeutung der Maifeier gesprochen werden, sondern es sollen nur einige Beispiele angeführt werden, wie und unter welchen Umständen dieser Feiertag der Arbeiterschaft von ihr begangen wird. Diese Beispiele sind, durchwegs ländlichen Verhältnissen entnommen worden um anzudeuten, daß Bildungsarbeit am Lande eine unumgängliche Notwendigkeit ist. Das städtische Proletariat wird gewiß oft nicht verstehen können, warum am Lande dies oder jenes geschieht. Der Umstand jedoch, daß am Lande der Achttundentag eigentlich noch etwas Unbekanntes ist, daß den Proletariern jede Möglichkeit be-

nommen ist, außer dem Besuche einer ein- oder zweiklassigen Volksschule sich irgendwo Wissen anzueignen, rechtfertigt eben die Rückständigkeit des Landproletariats. Haben doch diese Menschen keine andere Unterhaltung als ihrer Arbeit nachzugehen, sich an einem Sonntag in eine rauchige Wirtsstube zusammen zu setzen, Bier zu trinken und dabei eine Pfeife Tabak zu rauchen. Es fehlt ihnen an wissenschaftlichen Vorträgen, von einem Theater ist keine Rede, kurzum, ihr Leben besteht in ununterbrochener Arbeit. Die Vereinsfähigkeit ist sehr erschwert, da die Dörfer sehr häufig aus weit voneinander gebauten Häusern bestehen, so daß von Gesangs-Turn- oder sonstigen sportlichen Vereinen zumeist auch keine Rede sein kann. Diese Umstände kommen bei einem Arbeiterfeste wie dem des 1. Mai dadurch zum Ausdruck, daß das Fest einen ganz anderen Eindruck erwecken muß, als das Fest des industriellen Stadtproletariats. Während das Fest des Stadtproletariats durch künstlerische Veranstaltungen verschönert, bei ihm ein Arbeiterlied nach dem anderen gesungen und der proletarische Geist sehr gehoben wird, sehen wir am Lande, daß in dieser Hinsicht eigentlich noch alles fehlt. Die Rückständigkeit der proletarischen Bildung kommt klar zum Ausdruck, wir sehen daß das Landproletariat noch viel zu sehr an dem Althergebrachten hängt. Es braucht vielfach statt der roten Fahne nur eine Kirchenfahne oder eine schwarz-rot-gelbe Fahne vorangetragen zu werden, und niemand würde eine Aenderung bemerken.

Ein in dieser Hinsicht charakteristisches Beispiel ist der Böhmerwald. Seit dem Umsturz erst der Arbeiterbewegung erschlossen, sofort vom Meinungsstreit ergriffen, war es hier nicht möglich, sozialistisches Wissen zu verbreiten, weshalb in diesen weltentlegenen, durch schlechte Verkehrswege von der Welt abgeschlossenen Orten bei den Maifeiern die verschiedensten Dinge vorkommen. Beispielsweise wird in einem Orte alljährlich die Maifeier festlich dadurch begangen, daß sich im Pfarrorte die Genossen der Umgebung sammeln, unter Musikklängen und Vorantragung von roten Fahnen zur Kirche marschieren, wo der Pfarrer ein feierliches Hochamt liest, dann am Marktplay die Festrede und wir können unter den Zuhörern bei der Festrede auch den Pfarrer, geschmückt mit einer roten Kette, finden. Die alte Gewohnheit, daß bei festlichen Anlässen auch der Pfarrer mitzuwirken hat, ist so eingewurzelt, daß eine Maifeier ohne Hochamt eben nur etwas Halbes wäre. Und doch sind es keine schlechten Genossen und sie wollen in ihrer Weise nur zum Ausdruck bringen, daß auch sie sich der großen Bewegung angeschlossen haben und an diesem Tage für die Forderungen des Proletariats demonstrieren. Sobald die Festrede vorüber ist, füllen sich die Gasthäuser, die Musik spielt zum Tanze auf und alt und jung tanzt, als wenn Föhling wäre.

Am meisten fehlt das Singen von Arbeiterliedern. Außer den durch Generationen überlieferten Liedern sind sehr wenige bekannt und die Mehrzahl der Genossen kennt in diesen Orten nicht einmal das Lied der Arbeit, Musikkapellen, welche bei der Maifeier mitwirken, sind nicht imstande, das Lied der Arbeit, geschweige denn erst den Sozialistenmarsch u. dgl. zu spielen. Es ist mir neuer erst wieder aufgefallen, daß bei einer Maifeier, an welcher stramme Genossen teilgenommen haben, die Musik beim Umzug den „Viribus unitis“ marsch gespielt hat, ohne daß sich jemand daran gestoßen hätte. Es ist ein schneidiger Marsch und das ist die Hauptsache. Genossen, welche sangefundig sind, wollten das Fest dadurch verschönern, daß sie beim Einmarsch einer Ortsgruppe das Lied sangen: „Gruß Gott mit hellem hohen Klang, heil deutschem Wort und Sang.“ Und dennoch sind diese Menschen weder säkularer noch nationalitätlich, das althergebrachte Kennerliche haftet nur zu sehr noch an ihnen. Im Innern fühlen sie mit den Millionen klassenbewußten Kämpfern, nur vermögen sie nicht, diesem Denken Ausdruck zu verleihen. Daß sie mitfühlen, zeigt daß sie zu den Maifeiern oft drei bis vier Stunden weit hin- und ebenso weit wieder zurückgehen müssen.

Diesen Uebelständen wird dadurch abgeholfen, daß nach Möglichkeit doch getan wird, Gesangs- und Sportvereine zu schaffen. Dadurch wird erst das gesellige Leben von sozialistischem Geiste durchdrungen und diese Menschen zu wertvollen Klassenkämpfern gemacht werden. Sie werden dann erst imstande sein, ihren Gefühlen Ausdruck zu geben, und auch äußerlich den Unterschied zwischen ihnen und der besitzenden Klasse aufzeigen können.

Allerdings ist es eine unumgängliche Notwendigkeit, daß das Leben dieser Menschen erleichtert wird. Arbeit macht das Leben süß, heißt es. Schauen wir uns aber diese Menschen an, so sehen wir, daß die übermäßige Arbeit diese Leute frühzeitig altert und sie derv macht. Bei den Mädchen in den besten Jahren fällt sofort das Fehlen jeder elastischen Bewegung auf. Sie müssen ja schon als Kinder schwer arbeiten und kaum der Schule entwachsen, müssen sie bei langer Arbeitszeit die schwersten Arbeiten verrichten. In keinem Gebiete wohl arbeiten die Frauen so schwer, wie im Böhmerwalde, weshalb zumeist Frauen mit dreißig Jahren schon vollständig verwellt sind.

Bevor das Althergebrachte, durch Generationen übermittelte, durch Aberglauben usw. tief eingewurzelte Kennerliche nicht auch verschwindet, werden die Organisationen innerlich immer eine gewisse Hohlheit aufzeigen. Das gesellige Leben muß von proletarischen Geiste beeinflusst werden, damit das Landproletariat gleich dem städtischen Proletariat den Kampf gegen seine Beherrscher führen kann. Franz R u p l e n t.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag, Für den Druck verantwortlich: J. Holik.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Großhandelsindex am 1. Mai: 1029, Am 1. April: 1031.

Wie das statistische Staatsamt mitteilt, ist der Durchschnittsindex der Großhandelspreise vom 1. April bis 1. Mai unmerklich gefallen und zwar von 1031 bis 1029. Die Waren der Lebensmittelgruppe sind durchschnittlich um etwa 2 Prozent gestiegen, während die Industrie- und Gewerbeindustrie um 1,2 Prozent gesunken sind. Aus dem Ausland eingeführte Waren haben um 0,5 Prozent abgenommen, dagegen zogen inländische Waren um 0,8 Prozent an.

Angeichts dieser Verhältnisse kann man von einem Sinken der Preise noch nicht reden.

Die Entlassung von Betriebsausschüssen. Die Schiedskommission für den Gerichtsbezirk Braunau und Wedelsdorf hatte über eine Klage des Betriebsausschusses der Firma J. Popper in Unter-Wedelsdorf gegen diese Firma wegen Entlassung zweier im Streik gestandener Mitglieder des Betriebsausschusses zu entscheiden. Die Schiedskommission wies die Klage des Betriebsausschusses ab. In der Begründung dieses Urteils heißt es: Die Beschwerdeführer haben einseitig (!) erklärt, daß die Kündigung der Betriebsausschussmitglieder zu Unrecht erfolgt ist und haben den Antrag gestellt, daß die Firma Popper zur Zurücknahme der Kündigung und Bezahlung der Bezugslohn verurteilt werde. Die Firma J. Popper hat in formeller Beziehung eingewendet: Die beschwerdeführenden Mitglieder des Betriebsausschusses hätten am ersten Streiktag erklärt, daß sie ihre Stellen niedergelegt haben und hätten hierbei dem Betriebsleiter einen Zettel eingehändigt, wonach fortan nur mehr mit dem Streikkomitee zu verhandeln ist. Es hätten bereits Neuwahlen des Betriebsausschusses stattgefunden und es sei demnach die Funktion des Betriebsausschusses bereits abgelaufen gewesen. Demgegenüber haben die Beschwerdeführer den ersten Einwand bestritten und zur zweiten Einwendung angeführt, daß am 9. April die Wahlliste bereits im Betriebe aufgehängt wurde; die Wahl hätte also am 19. April stattfinden sollen, was nur durch den Streik unterblieben sei. Die Firma Popper hat die Abweisung der Beschwerde beantragt. Der unbestrittene Sachverhalt bedarf keines Beweises und wird daher als feststehend dieser Entscheidung zugrundegelegt. Es ist zwar richtig, daß die Aufhebung des zwischen dem Arbeitgeber und einem einzelnen Mitgliede des Betriebsausschusses bestehenden Dienstverhältnisses im allgemeinen überhaupt nur mit Zustimmung der Schiedskommission zulässig ist. Ausgenommen ist jedoch nach derselben Gesetzesstelle die Aufhebung des Arbeitsverhältnisses aus wichtigen Gründen. Ein solcher Grund ist das unbefugte Verlassen der Arbeit. Der Arbeitgeber war sonach ohne Zustimmung der Schiedskommission berechtigt, die die Arbeit nicht anstretenden Mitglieder des Betriebsausschusses zu entlassen. — Auch aus diesem Urteil kann man die wachsende soziale Reaktion erkennen. Wenn man den Streik als „unbefugtes Verlassen der Arbeit“ bezeichnet, könnte man ja leicht Entschuldigendes nach einem jeden Streik alle Betriebsausschussmitglieder entlassen und die Arbeiterschaft so ihrer Führung im Betriebe berauben. Geradezu unglaublich ist es, in einer Urteilsbegründung mit dem Kläger so zu „polemisieren“, daß man seine Beschwerde als einseitig bezeichnet und die Angaben der geklagten Firma, abgesehen — siehe die Einwände hinsichtlich der Rechtmäßigkeit der Betriebsausschüsse — höchst hinfällig sind, ohne Befehl registriert.

Streik der Hamburger Hafenarbeiter. Die Hamburger Hafenarbeiter haben die ihnen zugesprochene 16-prozentige Lohnerhöhung abgelehnt und beschlossen, Donnerstag in den Streik zu treten. Auch die im Hafen beschäftigten Maschinenisten und Heizer haben den gleichen Beschluß gefaßt.

Früher Dividenden. Die industriellen Gesellschaften pflegen bei einer Kritik der hohen

Dividenden, die heute verteilt werden und die gewöhnlich das Vielfache des Aktienkapitals betragen, darauf zu verweisen, daß, in Geld gerechnet, die Ausschüttungen lächerlich gering seien. Man vergißt dabei zu erwähnen, daß Golddividenden nur auf Goldkapital berechnet werden können und daß der größte Teil des heute bestehenden Kapitals in Papiergeld eingezahlt worden ist. Ein Musterbeispiel, wie die tatsächliche Höhe der Dividenden verschleiert wird, bieten die Harburger Eisen- und Bronze-Werke A. G. in Harburg. Diese schütteten 50 Prozent Dividende und 100 Prozent Bonus aus, zusammen also 150 Prozent. Das gegenwärtige Aktienkapital beträgt 21 Millionen Mark. Der Dividendenfahrscheinlichkeitswert ist nicht hoch zu sein: sind doch häufig Dividenden von 100 bis 150 Prozent zur Regel geworden. Nun kommt aber der Pferdefuß. Das Aktienkapital von 21 Millionen wird um das Dreifache erhöht, und zwar mit Dividendenberechnung vom 1. Jänner 1922 ab. Dadurch erhöht sich die ausgeschüttete Dividende, da im Vorjahr ja kein Kapital eingezahlt war, auf insgesamt 600 Prozent. Die Sache wird aber noch besser. Bei der Kapitalerhöhung wird nämlich fast gar kein Aktienkapital angefordert, sondern die neuen Aktien, die bereits für das letzte Jahr mitgeschuldet, werden zu einem Kurse von 100 Prozent ausgegeben, während der Börsenkurs der Harburger Aktien 200.000 Prozent betrug. Allein durch den Erwerb der neuen Aktien erhalten also die Aktionäre einen Gewinn, der auf mindestens 50.000 bis 100.000 Prozent zu veranschlagen ist! Diesen Gewinn erhalten die Aktionäre nur so nebenbei. Bleiben wir aber nur bei der Dividende, die in diesem Jahre nach obiger Rechnung 600 Prozent beträgt, so ergibt sich, daß die auf das Goldkapital ausgeschüttete Dividende noch wesentlich höher ist. Vor dem Kriege betrug nämlich das Aktienkapital nur 3,5 Millionen Mark und es ist seit 1921 durch zwei Verwässerungen auf die Höhe von 21 Millionen gebracht worden. Auf das Goldkapital werden also in Papiermark 6x600 = 3600 Prozent Dividende ausgeschüttet, ungerechnet den gewaltigen Gewinn aus den Bezugsrechten der jetzigen und der früheren Kapitalverwässerungen! Gäbe es Diplome für geschickte Bilanzfreier, den Harburger Eisen- und Bronze-Werken müßte dafür ein Meisterdiplom gewährt werden. Die Arbeiterschaft wird aus derartigen Beispielen lernen müssen, gegenüber den Gewinnanspruchungen der industriellen Unternehmungen doppelt kritisch zu sein.

Kunst und Wissen.

Koncert Theater. Heute Donnerstag, halb 8 Uhr, Veranstaltung des Vereines deutscher Arbeiter Genossen Deutscher Arbeiter (Karten bei Spiller Genossen Deutscher Arbeiter 25, Kleiner Saal); morgen Freitag fünftes philh. Konzert Achte Mahler-Symphonie; Samstag Verdis große Oper „Ernani“ mit Richard Kubla; Sonntag nachmittags die Kalmann-Operette „Die Bajadere“; abends die neuinszenierte Wagner-Oper „Der fliegende Holländer“; Pfingstmontag nachmittags das Studentenschauspiel „Hilfsbergsberg“, abends „Antja, die Tänzerin“.

Kleine Bühne. Heute keine Vorstellung, Freitag und Sonntag nachmittags „Das blaue Wunder“; Samstag „Die kleine Bäuerin“; Pfingstsonntag und Pfingstmontag abends „Grouce und Lena“; Pfingstmontag nachmittags der lustige Operettenschwan „Cherub“.



Ich bin nur für Pilsener! Pilsener! Pilsener!

Mitteilungen aus dem Publikum.

Advertisement for 'GRAF' soup. Includes an image of a bottle and the text: '„GRAF“ ist die Marke der besten Suppenwürze. Verlangen Sie Originalflaschen! 1631'

Advertisement for 'Moorbad Bohdaneč'. Includes text: 'Moorbad Bohdaneč bei Pardubic 1567. heilt erfolgreich Rheumatismus, Frauen- u. Nervenkrankheiten. Moderne Einrichtung — Zentralheizung. Ausgedehnte Parkanlagen, Waldige Umgebung. Mäßige Preise. Vorzügliche Verpflegung. Tägl. Konzerte. Sommerseason beginnt am 2. Mai Tel. Nr. 2 Anfr. erledigt und Informationen erteilt umgehend die Badeleitung. Die Leitung liegt in den Händen des Herrn MUDr. O. Rožánek, langjähriger Fach- und Badearzt in Weltbade Marienbad u. Bad Poděbrad.'

Advertisement for 'Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau'. Includes text: 'Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau, Tischlergasse 6, 1002. empfiehlt sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten: wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkular, Mitteilungsblätter, Einladungen, Plakate, Flugblätter, Fakturen, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Solzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.'